

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Schönen guten Morgen! Ich begrüße Sie alle recht herzlich zur 7. Sitzung der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“. Ich heiße ganz herzlich meine Kollegen Abgeordneten und die Sachverständigen willkommen sowie Herrn Staatssekretär Stadelmaier, der für die Regierung anwesend ist. Vom Wissenschaftlichen Dienst unterstützen mich heute Frau Eschenauer, Herr Dr. Rahe und Frau Thiel. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird Frau Samulowitz erstellen.

Ich begrüße ganz herzlich die Klasse 9 des Gymnasiums auf der Karthause in Koblenz. Seid herzlich willkommen! Wir sind sehr gespannt auf eure Anregungen zur Bürgerbeteiligung.

Ich weise darauf hin, dass auch die heutige Sitzung via Livestream übertragen wird. Ich begrüße auch die Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams ganz herzlich. Wer twittert oder facebookt, soll ruhig auf unseren Livestream verweisen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Zum Einstieg in unsere Sitzung möchte ich Ihnen kurz mitteilen, dass wir endlich unsere Flyer haben. Den Flyern waren auch Rückmeldekärtchen beigelegt. Wir haben die ersten Rückmeldekärtchen erhalten. Ich möchte kurz auf die Rückmeldungen aus der Bevölkerung eingehen. Es wurden auch sehr lange Texte geschrieben, und es gab Ideen. Wir müssen darüber diskutieren, ob wir diese Kärtchen in unser Blog einstellen, um zu zeigen, dass sie hier angekommen sind. Ich würde gern ein oder zwei Kärtchen vorlesen.

Eine Person hat uns geschrieben: Es sollte eine weitere Konzentration der Verwaltung stattfinden. Diese Struktur – Bund, Land, Aufsichtsbehörden, Kreis, Stadt, Verbandsgemeinde, Ortsgemeinde – werden wir uns auf Dauer nicht leisten können. Es sollte eine stärkere Verlagerung nach unten erfolgen, natürlich bei entsprechender Ausstattung der Gemeinden. – Das ist eine Meinung. Mit der werden wir uns vielleicht noch einmal befassen, wenn wir wirklich auf die kommunale Bürgerbeteiligung und auf die Landesebene eingehen. Eine sehr positive Rückmeldung haben wir wohl von einer Lehrerin oder einem Lehrer bekommen: Ich bin erfreut und überrascht über die Form von Beteiligung. Tolle Idee, um Jugendlichen und uns „Jungen“, die häufig „politikverdrossen“ sind, bürgernah Politik und politische Themen nahezubringen. Damit können wir nicht früh genug anfangen. Der Flyer lag z. B. bei meiner Grundschule (Arbeitgeber) aus. Hoffentlich findet ihr Themen, die uns auch betreffen, und bewegt was.

Ich glaube, das ist ein positiver Einstieg in unsere Sitzung. Es wird deutlich, dass die Ideen aus der Bevölkerung, die uns über das Blog oder über die Antwortkärtchen erreichen, hier wahrgenommen und mit zur Grundlage unserer Diskussionen werden. Ich frage Sie, ob es in Ordnung ist, dass wir die Antwortkarten auf unserem Blog dokumentieren, um so auch die Diskussion auf bestimmte Themen lenken zu können.

Die Enquete-Kommission beschließt einstimmig, die Rückantwortkarten der Bürgerinnen und Bürger, die dem Flyer beigelegt waren, in das Blog einzustellen.

**7. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 20.04.2012
– Öffentliche Sitzung –**

Punkt 1 der Tagesordnung:

Protokolle der 5. und 6. Sitzung am 16. und 23. März 2012

Die Enquete-Kommission billigt die o. g. Protokolle einstimmig und erklärt sich mit der Einstellung ins Internet einverstanden.

– 5 –

Punkt 2 der Tagesordnung:

Auswertung des Anhörverfahrens zum Thema „Multikulturelle Demokratie“ und des Berichts der Landesregierung zum Thema „Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund“

dazu: Vorlagen EK 16/2-36/37/47/48/50/52/53/54/57/58/59/60

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Wir hatten eine Sitzung mit mehreren Anzuhörenden, die uns dargestellt haben, wie wir Menschen mit Migrationshintergrund zukünftig besser teilhaben lassen können. Es standen mehrere Vorschläge und Fragen im Raum. – Herr Haller, bitte.

Herr Abg. Haller: Ich denke, es war eine sehr interessante Anhörung. Es wird sicherlich viele Dinge geben, über die wir uns im Zusammenhang mit den Empfehlungen, die die Enquete-Kommission formuliert, unterhalten müssen. Ich denke nur daran, ob man sich vielleicht überlegt, das Kommunalwahlgesetz anzuschauen und anzugehen. Es gab das Beispiel aus Bremen. Ich denke aber, das sind Punkte, die wir noch einmal ganz dezidiert besprechen müssen; denn es geht auch um verfassungsrechtliche Fragen. Ich denke, von daher sind wir da auf einem guten Weg. Wir sollten wirklich fachlich darüber diskutieren; anders wird es auch nicht gehen. Das ist ein ganz sensibles Thema. Wir haben viele Anregungen bekommen. Wir sollten in den nächsten Wochen – auch im Hinblick auf unseren Zwischenbericht – darüber diskutieren.

Herr Abg. Lammert: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann das ähnlich ausdrücken. Wir fanden die Diskussion und die Anhörung sehr umfassend und sehr positiv. Wir fanden es auch gut, dass im Zusammenhang mit der Frage, wie man Migrantinnen und Migranten überhaupt an eine Beteiligung heranzuführen kann, eine ganze Reihe von Aspekten geschildert wurde – ob das nun die Diskussion über die Migrationsbeiräte oder die Diskussion über eine bessere Bildung ist. Es werden vor allem Sprachkurse angeboten. Gerade Frauen erhalten verstärkt das Angebot, an Sprachkursen teilzunehmen.

Das begrüßen wir sehr. Eine Beteiligung kann in vielfältiger Weise erfolgen. Für uns ist es wichtig, dass diejenigen, die in unserem Land leben, die Sprache beherrschen und sich auf diese Weise verständigen sowie das verstehen können, was vor Ort passiert. Das ist für uns, wie wir ehrlich sagen müssen, ein ganz wichtiger Schlüssel. Deswegen begrüßen wir die Ansätze und die Fördermaßnahmen sehr, die es in Rheinland-Pfalz, aber auch deutschlandweit zum Teil gibt. Vor dem Hintergrund sind uns die Beteiligungen auf der Ebene sehr wichtig.

Die Diskussion über die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie über eine eventuelle Ausweitung des Wahlrechts auf Drittstaatsangehörige oder Nicht-EU-Ausländer werden wir sicherlich noch an anderen Stellen führen. Man muss sagen, das wurde, zumindest von den Sachverständigen, sehr kontrovers diskutiert, insbesondere auf die verschiedenen Rechtsfragen bezogen. Ich denke, auch in unserer Arbeitsgruppe werden wir noch einmal darüber diskutieren. Es ist sicherlich nicht ganz einfach.

Seitens der Landesregierung wurde freundlicherweise ein Bericht vorgetragen. Es gibt eine Vorlage, in der ebenfalls rechtliche Probleme erwähnt werden, durchaus auch mit dem Hinweis auf das Grundgesetz. Dieser Hinweis kam mehrfach. Man kann jetzt darüber diskutieren, wie sich das Staatsvolk zusammensetzt. Das hatten wir beim letzten Mal auch, wobei die eine oder andere Minderheitsmeinung – wie immer man das im Moment nennen mag – vertreten wurde. Aber in jedem Fall wird man sich noch einmal genauer damit auseinandersetzen müssen.

Der Kollege hat es angesprochen: In Bremen geht man derzeit einen bestimmten Weg. Dort testet man etwas, was es sicherlich zu beobachten gilt. Wir haben dort unsere Kontakte. Ich denke, wir werden im Rahmen der Erstellung unseres Zwischenberichts und im Rahmen der weiteren Arbeit der Enquete-Kommission noch darüber reden können, zumal der Prozess sicherlich weitergeht. Die Enquete-Kommission wird auch noch ein paar Monate tagen.

Frau Abg. Raue: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Enquete-Kommission! Die Anhörung zur multikulturellen Demokratie und die Anhörung zur Beteiligung von Menschen mit Migra-

tionshintergrund haben meines Erachtens vor allem ein Defizit aufgezeigt, nämlich dass Menschen mit Migrationshintergrund bei Weitem nicht in dem Maße an unserer Demokratie partizipieren, wie es ihrem Anteil an unserer Bevölkerung entspräche. Das ist ein Punkt, an dem wir unbedingt arbeiten müssen.

Vor allem den Bekanntheitsgrad und die Handlungsfähigkeit der Beiräte für Integration und Migration gilt es zu verbessern. Wir sollten uns intensiv Gedanken darüber machen, welche guten Aspekte, die die Sachverständigen aufgezeigt haben, wir uns zu eigen machen und vielleicht in einen Kriterienkatalog aufnehmen könnten, um auf diese Weise eine stärkere Beteiligung und damit auch eine stärkere Identifikation der Menschen mit Migrationshintergrund mit unserer Demokratie und unserem Gemeinwesen zu erreichen. Es gibt dort ein großes ehrenamtliches Engagement, das in Teilen oft nicht ausreichend gewürdigt wird. Vielleicht fällt uns die eine oder andere gute Maßnahme ein, mit der man das fördern kann.

Ein ganz wichtiger Punkt ist – die Ausländerinnen und Ausländer, die hier leben, legen Wert auf die Feststellung –, dass man sich nur richtig einbringen kann, wenn man auch das Wahlrecht hat. Hier sollten wir Mut beweisen und die entsprechenden Schritte machen, um das zu unterstützen; denn wir können nicht erwarten, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund bei uns einbringen und sich ehrenamtlich engagieren, wenn ihnen nicht die Anerkennung in Form des Wahlrechts zuteilwird. Insofern freue ich mich auf eine konstruktive Auswertung dieser Überlegungen und darauf, Schritte in diese Richtung zu machen. Ich denke, im Verbund mit Bremen – Herr Lammert, Sie haben das angesprochen – kann man diesen Weg mutig gehen. Ich glaube, je mehr Bundesländer sich in diese Richtung bewegen, umso erfolgreicher wird das sein.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Ich habe ebenfalls noch ein paar kleine Anmerkungen. Auch die Sprachkenntnisse wurden erwähnt. Ich denke, sie sind ein wirklich wichtiger Schlüssel, wenn es darum geht, an politischen Diskussionen teilzunehmen. In dieser Woche hat mich besonders ein Termin in Worms darauf aufmerksam gemacht, dass wir die Sprachkurse als Schlüssel zur Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe sehen müssen.

Aber wie ist es bei Kindern und Jugendlichen? – Wir haben auch über die Partizipation von Kindern und Jugendlichen hinreichend gesprochen. Auch darüber, wie Kinder, die ohne Sprachkenntnisse nach Deutschland kommen, frühzeitig eine Förderung erhalten, müssen wir uns noch einmal genauer Gedanken machen; denn wir haben in Bezug auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesagt, dass die Beteiligung sowie das Erlernen und Erleben von Demokratie früh einsetzen sollen. Ich finde es daher ganz wichtig, dass wir hier intensiver darüber nachdenken, wie für Kinder und Jugendliche ein spielerisches Erlernen von Sprache ermöglicht werden kann.

Um das Wahlrecht auf ordentliche Füße zu stellen, ist auch das gesellschaftliche Vorfeld wichtig: das ehrenamtliche Engagement in den Beiräten und in den Parteien. Hier muss ich ganz ehrlich sagen – da nehme ich keine Partei aus –: Wir müssen uns intensiver darum bemühen, Menschen mit Migrationshintergrund ein Zuhause in unseren Parteien zu geben, also eine Willkommenskultur in unseren Parteien zu schaffen. Ich sehe, dass wir noch viel zu tun haben, wenn es darum geht, bei der Meinungsbildung verschiedene kulturelle Hintergründe einzubeziehen und Personen mit dem aktiven und dem passiven – besonders dem passiven – Wahlrecht zu versehen. Dann würden in unseren Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen mehr Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen sitzen. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Aspekt. Ich habe noch keine Musterlösung dafür, wie die Parteien das schaffen sollen. Ich wünsche mir, dass wir ein paar konstruktive Anregungen entwickeln, wie sich die Parteien interkulturell öffnen könnten.

Herr Sachverständiger Kissel: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Als Kommunalpolitiker stehe ich einer Öffnung des Wahlrechts ausschließlich auf der kommunalen Ebene etwas reserviert gegenüber. Aus kommunalpolitischer Sicht ist das kommunale Wahlrecht gegenüber dem Wahlrecht auf der Landesebene, der Bundesebene und der europäischen Ebene kein minderwertiges Wahlrecht. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass die verfassungsrechtliche Diskussion auch diesen Aspekt berücksichtigen sollte.

Aus kommunalpolitischer Erfahrung im Dialog mit vielen Menschen – auch Menschen mit Migrationshintergrund – gebe ich zu bedenken, dass nicht alle Menschen, die in unser Land zugewandert sind,

aus demokratieaffinen Ländern kommen, und dass der Lern- und Auseinandersetzungprozess daher seine Zeit braucht. Er beginnt mit der Sprachkompetenz; darauf haben Sie zu Recht hingewiesen. Das Wahlrecht sollte nach meinem Dafürhalten am Ende eines Integrationsprozesses stehen. Ich sage das aufgrund ganz konkreter Erfahrungen im kommunalen Alltag so ungeschützt und so klar und deutlich. Frau Abgeordnete Schellhammer, Sie haben auf den Termin in Worms hingewiesen: Wir hatten eine Begegnung mit Schulleiterinnen und Schulleitern, in deren Schulen der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei 60 % liegt. Wir merken, dass wir derzeit, auch durch die Entwicklungen im Nahen Osten und in bestimmten osteuropäischen Ländern bedingt, wieder eine verstärkte Zuwanderung haben. In unsere Schulen kommen Kinder, die kein Wort Deutsch verstehen und sprechen.

Deswegen sehe ich bei der Stärkung der Sprachkompetenz einen erheblichen Handlungsbedarf, wobei sich die Entwicklung von Sprachkompetenz nicht nur auf den schulischen Alltag, sondern auf das gesamte Lebensumfeld bezieht. Wie wir vor Ort feststellen, gibt es, obwohl entsprechende Angebote unterbreitet werden – Feriensprachkurse und vieles andere mehr –, insbesondere bei den Eltern der Kinder noch erhebliche Schwellenängste, die es zu überwinden gilt.

Daher finde ich, dass die Diskussion über eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf Nichteuropäer an einem viel zu frühen Zeitpunkt in diesem Prozess ansetzt, und rate dringend dazu, dass man sich über die verfassungsrechtlichen Fragestellungen hinaus etwas mehr mit der alltäglichen Praxis auseinandersetzt, statt nur romantischen Wunschvorstellungen nachzuhängen – um das noch etwas zurückhaltend zu formulieren.

Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm: Auch ich fand die Anhörung extrem interessant. Ich finde auch, dass wir für die Handlungsempfehlungen, an die wir jetzt langsam denken sollten, sehr viele Anregungen erhalten haben.

Eine Bemerkung: Als Anzuhörende hatten wir bisher im weitesten Sinne die Vertreter der betroffenen Gruppen. Gerade bei dem Thema „Migration und Integration“ ist immer auch ein dialogisches Element zwischen den Vertretern der einen und den Vertretern der anderen Kultur – das will ich jetzt nicht irgendwie gewichten – enthalten. Von daher gibt es in den verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Strategien – auch innerhalb der Verwaltung –, dieses Thema ein bisschen größer zu machen. Das wäre vielleicht noch eine Anregung. Das betrifft natürlich insbesondere die kommunale Ebene. Dort kommt es, wie Sie gerade geschildert haben, zu durchaus konfliktgeladenen Situationen. In vielen Kommunen wurde schon die Beobachtung gemacht, dass im öffentlichen Dienst – wir werden zukünftig auch dort Engpässe haben – große Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund bestünden, wenn man dort eine klare personalpolitische Strategie verfolgte

Das sind die zwei Anregungen, die ich geben wollte. Ich weiß, das ist schon erwähnt worden. Aber ich möchte das noch einmal betonen; denn es ist häufig gerade der Kontakt zwischen zwei oder mehreren Menschen, der starke Eindrücke – positiver oder negativer Natur, je nachdem ob der Kontakt gut oder schlecht funktioniert – hinterlässt. Da haben die Kommunen und das Land wirklich große Einflussmöglichkeiten. Natürlich kostet das Geld. Man wird sich sowieso überlegen müssen, wie das letztendlich finanziert werden kann. Aber die Erfolge dieser Maßnahmen kann man in anderen Kommunen studieren. Sie sind sehr beeindruckend, nicht nur beim polizeilichen Dienst, aus dem wir schon einige Beispiele dafür kennen. Dass in der Öffentlichkeitsarbeit noch stärker zu verankern ist eine Anregung für die Phase, in der wir uns überlegen werden, welche Handlungsempfehlungen wir geben können.

Frau Abg. Kohnle-Gros: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen. Die kleinen Kinder und die Schulkinder sind hier bereits angesprochen worden. Ich komme aus einem eher ländlich geprägten Umfeld – mein Sohn ist auch schon groß –, und ich mache durchaus eine andere Erfahrung: Je länger die Kinder gemeinsam in der Schule lernen, desto geringer werden die Probleme im Zusammenleben. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass die Kinder dann ihre Sprachkompetenz erworben haben. Sonst würden sie vermutlich nicht mehr die Schule besuchen, wenn es in Richtung Abitur geht; das ist logisch. Ich denke, dass es für das Individuum – vielleicht noch nicht für alle – durchaus die Möglichkeit des Herauswachsendens aus bestimmten Problemen gibt. Deshalb will ich nicht nur von problembelasteten Situationen sprechen.

Gestern Abend hat die Auftaktveranstaltung stattgefunden. Die Mitarbeiterin von Herrn Staatssekretär Stadelmaier, Frau Brede-Hoffmann, Frau Demuth und ich haben sie mitverfolgt. Es gab ganz interessante Ansätze in Bezug auf die Frage, wie früh man mit dem Einüben von Demokratie anfangen kann. Die Professorin, die das Impulsreferat gehalten hat, hat gezeigt, dass man ganz früh damit anfangen kann. Ich denke, dass dieser Prozess nicht nur problembehaftet ist. Man kann sehr viel tun.

Ich will allerdings dazusagen – wir haben heute Morgen noch einmal darüber gesprochen –, dass selbstverständlich auch von den Elternhäusern und den Erziehungseinrichtungen Dinge in Gang gesetzt werden, ohne dass es dazu immer institutioneller Anstöße bedarf. Für ein gedeihliches Aufwachsen von Kindern und für das Zusammenwachsen der Gesellschaft sind diese Formen richtig wichtig.

Das relativiert allerdings überhaupt nichts von dem, was über die Sprachkompetenz gesagt worden ist und darüber, dass wir uns darum kümmern müssen. Auch die Parteien haben da – darin gebe ich der Vorsitzenden ausdrücklich recht – ein Stück weit eine Verpflichtung; denn sie sind, wie es ihnen das Grundgesetz vorgibt, die Nahtstelle. Dafür gibt es gute Beispiele. Ich denke, wir können uns noch einmal gemeinsam überlegen, ob wir nicht zu der Frage einige Best-Practice-Beispiele sammeln. Frau Brede-Hoffmann, Sie erinnern sich: In der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ waren Best-Practice-Beispiele immer der Maßstab. Dank unserer Referentin hatten wir das ein Stück weit schon. Aber ich bin sicher, auch in Rheinland-Pfalz gibt es solche Beispiele. In unserer Partei lassen sie sich auf jeden Fall finden. Man sollte das noch ein bisschen verbreitern – darin bin ich Ihrer Meinung –; denn manchmal brauchen andere nur einen kleinen Anstoß, um etwas nachzumachen. Man braucht das Rad nicht jedes Mal neu zu erfinden, sondern kann das einfach genauso machen.

Deswegen will ich ausdrücklich sagen – das stellt man fest, wenn man das Protokoll insgesamt nachliest –: Das war eine sehr inhaltsreiche Anhörung. Ich finde es sehr gut, wenn man sich das noch einmal am Stück betrachten kann. Weiche Konsequenzen letztendlich daraus gezogen werden, müssen wir uns noch einmal überlegen. Ich habe gerade mit dem Kollegen Matthias Lammert darüber gesprochen. Die Landesregierung selbst stellt in ihrem letzten Zuwanderungsbericht fest, dass wir das Grundgesetz ändern müssen, wenn wir das Kommunalwahlrecht ausweiten wollen. Ich denke, deswegen können wir – das will ich jetzt nicht negativ bewertet wissen – nicht nur Meinungen, die in der juristischen Welt von einer Minderheit vertreten werden, als Maßstab nehmen. Trotzdem waren die Impulse sehr wichtig, Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir darüber gesprochen haben.

Herr Abg. Haller: Ich fand den Verweis auf die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ sehr gut, denn da gibt es sehr viele Anknüpfungspunkte. Es wurden tolle Handlungsempfehlungen formuliert, die man sich einfach noch einmal anschauen muss.

Mir persönlich ist die Einbürgerungsthematik wichtig, die ebenfalls angesprochen wurde. Wir müssen uns noch einmal anschauen, wie das in unserem Land aussieht. Ich bekomme zum Beispiel aus meinem Wahlkreis – Frankenthal – berichtet, dass die Einbürgerung in Rheinland-Pfalz sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Ich glaube, das ist auch im Innenausschuss schon ein Thema. Da sollten wir uns auf jeden Fall auf den Weg machen. Es kann nicht sein, dass es bei der Einbürgerung solch gravierende Unterschiede gibt, wie es offensichtlich der Fall ist.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Ich möchte anregen, dass wir parteiinterne Beispiele dafür sammeln, wie Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden. Wir sollten uns, um zu konkreteren Handlungsempfehlungen für den Zwischenbericht zu kommen, anschauen, welche Konzepte die jeweiligen Parteien haben: Zu welchen Maßnahmen würden wir den Parteien raten, um sich interkulturell zu öffnen? – Ich finde, das ist, wie Frau Kohnle-Gros eben erwähnt hat, ein ganz wichtiger Aspekt. Wir sollten uns anschauen, was für Konzepte es gibt und ob sich bestimmte Landesverbände vielleicht auch schon strukturell auf den Weg gemacht haben, um Maßnahmen in dieser Richtung zu ergreifen. Vielleicht könnten wir gemeinsam Beispiele sammeln und dann darüber diskutieren, was wir konkret empfehlen.

Herr Abg. Lammert: Frau Vorsitzende, ich möchte den von Martin Haller eingebrachten Aspekt der Einbürgerung ganz kurz noch einmal aufgreifen. Herr Staatssekretär Stadelmaier, vielleicht kann uns die Landesregierung da helfen. Können Sie das nach den jeweiligen Gebietskörperschaften aufschlüsseln? Schließlich sind es im Grunde die Kreise und die kreisfreien Städte, die die Einbürgerungen vornehmen. Können Sie uns eine Statistik für den Zeitraum der letzten zwei oder drei Jahre prä-

sentieren, aus der hervorgeht, wo die Zahl der Einbürgerungen besonders hoch bzw. besonders gering war?

Im Innenausschuss haben wir über dieses Thema gesprochen; das ist aber auch schon wieder ein paar Tage her. Es hat sich gezeigt, dass es in der Tat ein gewisses Gefälle gibt. Ich weiß jetzt nicht, ob es ein Nord-Süd-Gefälle oder ein Süd-Nord-Gefälle ist. Auf jeden Fall war es auffällig, dass die Einbürgerungen nicht gleichmäßig über das Land verteilt sind, sondern dass es durchaus große Unterschiede gibt. Das kann man relativ einfach darstellen, da die Einbürgerungen in den Kreisen und in den kreisfreien Städten vorgenommen werden. Vielleicht kann man der Statistik entnehmen, ob zum Beispiel in den städtischen Zentren eher eingebürgert wird als in den ländlichen Regionen. Eine Aufgliederung wäre für unsere weiteren Überlegungen sicherlich hilfreich. Zumindest könnte man dann darauf hinwirken, dass die Hürden überall gleich hoch sind und nicht, wie jetzt, unterschiedlich hoch.

Einer Bitte des Herrn Abg. Lammert entsprechend sagt Herr Staatssekretär Stadelmaier zu, der Enquete-Kommission eine Übersicht zur Verfügung zu stellen, aus der sich die Verteilung der Einbürgerungen in Rheinland-Pfalz in den letzten drei Jahren ergibt.

Der Tagesordnungspunkt hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Auswertung des Anhörverfahrens und des Berichts der Landesregierung zum Thema „Beteiligungshemmnisse und -gerechtigkeit/Generationengerechtigkeit“

dazu: Vorlagen EK 16/2-42/45/55/56/61/62/63/64/65/66

Herr Abg. Haller: Das war eine sehr beeindruckende Anhörung, auch aus dem Grund, weil eine unglaublich große Bandbreite an Aspekten dargestellt wurde. Ich glaube, es wird für die Parteien eine große Herausforderung sein, nicht in vielen Bereichen zusammenzukommen. Schließlich sind das einfache Dinge, bei denen man sich an die eigene Nase fassen muss. Wir müssen uns überlegen, ob wir diesen Blickwinkel immer mit berücksichtigt haben. Nach der Sitzung hat mich einer der Anzuhörenden angesprochen und gesagt: Wissen Sie, es geht schon mit den Einladungen los, die ich bekomme. Es wäre doch kein großes Ding, ein Kästchen einzufügen, das man ankreuzt, wenn man Hilfe braucht. – So einfache Dinge sind das. Ich denke, da können und müssen wir auf jeden Fall etwas machen; denn es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass man diese Punkte mit bedenkt.

Es gibt noch andere Aspekte, die zu berücksichtigen meiner Ansicht nach absolut wünschenswert wäre. Ich denke zum Beispiel an das Hinzuziehen von Gebärdensprachdolmetscher zu bestimmten Veranstaltungen, vielleicht auch zu der einen oder anderen Landtagsdebatte. All das ist wünschenswert. Man muss natürlich immer darauf schauen, was so etwas kostet. Aber all das sind Sachen, über die man wirklich diskutieren müsste. Dass wir dazu Empfehlungen abgeben, halte ich für ganz wichtig, einfach um den Blick zu schärfen und dafür zu sorgen, dass nicht immer darüber hinweggegangen wird. Es ist in unserer Gesellschaft leider viel zu selbstverständlich, dass man darüber hinweggeht. Dabei sollten das eigentlich Selbstverständlichkeiten sein. Man vergisst es einfach viel zu oft. Mir ist das selbst schon so gegangen.

Herr Abg. Lammert: Auch hier kann ich fast nahtlos an meinen Vorredner anknüpfen. Ich fand diese Diskussion sehr herzerfrischend und sehr positiv. Es sind uns zahlreiche Beispiele präsentiert worden, und es wurden uns viele Möglichkeiten vor Augen geführt – auch im Bericht der Landesregierung stand das –, die zwar schon existieren, aber vielleicht gar nicht richtig ausgeschöpft werden. Man muss sie noch einmal aufgreifen und dafür sorgen, dass sie eine stärkere Akzeptanz finden. Manchmal sind es kleine Dinge, an die man gar nicht denkt.

Sehr beeindruckend fand ich Folgendes – es waren auch Behindertenvertreter anwesend –: Wir müssen uns, wenn wir die Beteiligung von Personen mit eingeschränkter Mobilität möchten, nicht nur Gedanken darüber machen, wie sie die Dinge mitbekommen – das betrifft die Sprache und das Hören –, sondern auch darüber, wie sie den entsprechenden Ort erreichen. Ich denke zum Beispiel an den Busverkehr oder an das Bauen einer Rampe. Ansonsten scheitert die Beteiligung unter Umständen schon daran, dass es drei Stufen gibt und es nicht möglich ist, mit dem Rollstuhl hineinzukommen. Dann ist man vielleicht von einer Bürgerversammlung ausgeschlossen. Solche Bürgerversammlungen sind in den Dörfern durchaus üblich, wenn es zum Beispiel um irgendein Baugebiet geht. Selbst für Personen, die nicht so sehr in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, stellen Treppenstufen schon eine riesengroße Barriere dar. Oftmals finden solche Veranstaltungen im ersten Stock statt, und man hat allein schon deshalb Probleme. An solche Kleinigkeiten denkt man nicht.

Ich finde es auch sehr gut, dass das Punkte sind, die wir in die zweite oder dritte Phase unserer Enquete-Kommission mit hineinnehmen können. Ein Beispiel ist, dass man, wenn es um konkrete Baumaßnahmen geht, bestimmte Gruppen im Vorfeld beteiligt. Als – Gott sei Dank – nicht Behinderter denkt man nicht unbedingt daran, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise die Tür breit genug zu machen. Das sind vielleicht Kleinigkeiten, aber auch sie müssen beachtet werden, damit die Beteiligungshemmnisse letztendlich beseitigt werden. Da sind wir sehr offen. Ich denke, die Enquete-Kommission wird da sehr viele Handlungsempfehlungen geben können. Das war sehr erfrischend.

Frau Abg. Raue: Vieles ist schon gesagt worden. Ich möchte noch auf einen Aspekt hinweisen, den Herr Prof. Klie erwähnt hat. Er sagte, mehr Beteiligung allein bringe nicht mehr Demokratie. Ich glaube, das ist ein Aspekt, den wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Natürlich ist es ganz wichtig, die Mobilität so weit wie möglich sicherzustellen. Das heißt, es muss darauf geachtet werden, dass zum Beispiel öffentliche Verkehrsmittel und Bahnhöfe barrierefrei sind.

Aber es geht auch um etwas anderes. Es geht darum, dass ein Engagement oft längerfristig angelegt sein muss und dass man sich unterwegs vielleicht die eine oder andere Durststrecke einhandelt, die man überwinden muss. Es muss dann jemanden geben, der das begleitet. Man muss zeigen, dass sich ein längerfristiges Engagement lohnt. Auch ein Sachverständiger hat das festgestellt.

Ich möchte in dem Zusammenhang auf Herrn Bayerlein zurückkommen, der ausdrücklich von der Person des Kümmerers gesprochen hat. Ich glaube, dass das eine persönliche Dimension ist, die wir nicht unterschätzen sollten: Für die Beteiligung sowie für die Motivation zur Beteiligung und zum Dabeibleiben ist es auch wichtig, dass man bei bestimmten Vorhaben einen zentralen Ansprechpartner hat, der sich kümmert, der solche Belange im Blick hat, sie vernetzt und Lösungen und Unterstützung anbietet. Das sind Aspekte, die ich noch einmal betonen möchte. Ich denke, sie sollten mit in die Empfehlungen einfließen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Auch ich gehe noch einmal kurz auf die Anhörung ein. Ich fand diese Anhörung sehr bemerkenswert. Mir sind insbesondere zwei Aussagen in Erinnerung geblieben. Eine Betreuerin hat gesagt, Menschen mit Behinderungen, zum Beispiel in den Behindertenwerkstätten, erwarteten es zum Teil gar nicht, dass man auf sie zugeht und sie direkt mit politischen Fragen konfrontiert: dass sie in einer einfachen Sprache angesprochen werden, dass sie mitdiskutieren können und ernst genommen werden. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass diese Menschen es gar nicht erwarten, angesprochen zu werden, fand ich sehr traurig. Aber wenn man nachvollzieht, dass Sprache eine Barriere sein kann, wird einem klar, dass es so ist.

Dass die Räumlichkeiten, in denen politische Termine und Gremiensitzungen stattfinden, barrierefrei sein sollten, wurde schon angesprochen. Das ist wirklich etwas, was wir uns hinter die Ohren schreiben und jedes Mal bedenken müssen. Das ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen wichtig. Wir haben eine älter werdende Gesellschaft. Wir wollen, dass auch Menschen, die eine Gehhilfe benötigen, zu unseren Terminen kommen können. Ich glaube, das ist besonders wichtig.

Ich möchte noch drei Punkte ansprechen. Der eine betrifft die Medien: Inwieweit werden die Sendungen Untertitelt? – Ich finde es sehr wichtig, dass das Untertiteln von Sendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgebaut wird – die Informationsweitergabe ist besonders wichtig – und dass Menschen, deren Hörfähigkeit eingeschränkt ist, bestimmte Diskussionen besser nachvollziehen können. Herr Haller hat in Erwägung gezogen, bei bestimmten Diskussionen auch Gebärdensprachdolmetscher hinzuzuziehen. Derzeit läuft eine Anfrage dazu, in welchem Rahmen sich die Kosten bewegen. Es ist immer schade, dass man sich in einem solchen Bereich über die Kosten Gedanken machen muss. Aber der Wille ist da, und wir müssen im Zuge der Erstellung des Zwischenberichts darauf schauen, wie wir das mit unserem Parlamentarismus besser vereinbaren können. Es stellt sich die Frage, ob die Gebärdensprachdolmetscher zu bestimmten Terminen hinzugezogen werden sollen oder wie das ansonsten umzusetzen ist.

Die Veranstaltung hat auch gezeigt, wie wichtig für Menschen, die in der Mobilität eingeschränkt sind, die Möglichkeit der Partizipation über das Internet ist. Herr Bayerlein hat gesagt: Im Internet bin ich nicht behindert. In einer Diskussion merken die Leute das meistens nicht. Ich kann da uneingeschränkt an Diskussionen teilnehmen. – Das war für mich eine Bestätigung, wie wichtig unsere zweite Phase ist, in der wir uns gerade die digitalen Komponenten von Diskussion und Beteiligung anschauen.

Der Tagesordnungspunkt hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Heute haben wir sehr viele Punkte unter „Verschiedenes“. Wir haben kurz darüber diskutiert, dass wir mit Infoständen an die Bevölkerung herantreten. Es standen mehrere Termine zur Diskussion. Ich habe mich, damit wir darüber entscheiden können, mit der Landtagsverwaltung zusammengesetzt, um zu erfahren, wie so etwas aussehen könnte.

Wir würden einen Roll-Up bekommen, der unsere Enquete-Kommission darstellt. Es würde dann „Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung“ draufstehen. Wir hätten unseren Infostand mit einem internetfähigen Laptop. Es bestünde dann die Möglichkeit, sich unser Blog und die Mitschnitte der jeweiligen Sitzungen anzuschauen oder direkt Kommentare zu den Themen zu hinterlassen. Es würde eine Rückmeldebox für die Antwortkärtchen geben. Zu jedem Flyer gehören Antwortkarten. Sie würden noch einmal separat angefertigt, damit wir an den Infoständen die Meinung der Menschen direkt einholen könnten. Wir hätten somit die Möglichkeit, auf unsere Arbeit in der Enquete-Kommission aufmerksam zu machen und direkt in die Diskussion mit den Menschen einzusteigen. Bei diesen Terminen wäre zum Teil auch eine Unterstützung durch den Wissenschaftlichen Dienst möglich.

Ich möchte in die Diskussion einsteigen. Es gibt vier Terminvorschläge. Bei dem einen Termin handelt es sich um das Verfassungsfest. Das wären vier Stunden: von 12 Uhr bis 16 Uhr. Der andere Termin ist das RPR Rheinland-Pfalz Open Air am 11. August. Das wären vier Stunden: von 14 Uhr bis 18 Uhr. Dann wäre noch über den Ehrenamtstag und den Rheinland Pfalz Tag zu diskutieren.

Herr Abg. Haller: Wir haben in unserem Arbeitskreis darüber diskutiert. Wir halten das für eine tolle Sache und sind dafür, dass wir uns an möglichst allen Terminen als Parlament präsentieren. Ich denke, das ist wirklich eine tolle Gelegenheit. Man muss sich einmal überlegen, was für ein unterschiedliches Publikum wir da haben und wen wir ansprechen können – wobei wir aber auch unsere Wertschätzung anderen Veranstaltungsteilnehmern gegenüber zum Ausdruck bringen sollten. Von uns würde sich – das würden wir hinbekommen – jemand für die Betreuung des Stands zur Verfügung stellen.

Herr Abg. Lammert: Auch wir halten es für sinnvoll – das haben wir schon einmal andiskutiert –, dass wir uns bei verschiedenen Veranstaltungen präsentieren. Es werden jedes Mal Diskussionen mit den Besuchergruppen geführt; auch heute wird wieder eine erfolgen. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl von Terminen. Wir müssen immer schauen, wer von uns anwesend sein kann. Es hängt ein Stück weit von logistischen Problemen ab, ob die Kolleginnen und Kollegen immer anwesend sein können.

Der nächste Termin ist die Museumsnacht. Das ist ebenfalls eine öffentliche Veranstaltung, die jemand von uns wahrnehmen wird. Es ist auch die Frage, ob alle Abgeordnetenkollegen aus allen Fraktionen durchgehend vier Stunden lang anwesend sein müssen. Wichtig ist, dass ein Vertreter der Enquete-Kommission anwesend ist. Es müssen sicherlich nicht immer alle Fraktionen vertreten sein. Wir werden versuchen, das nach Möglichkeit so einzurichten. Aber ob das jedes Mal hundertprozentig klappt, können wir jetzt noch nicht sagen; denn das hängt auch ein Stück weit mit dem Arbeitsaufwand zusammen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Das ist nachzuvollziehen. Ich würde so verfahren: Wenn die Enquete-Kommission dem positiv gegenübersteht, werde ich die Termine mit den entsprechenden Zeitphasen über den E-Mail-Verteiler schicken und um Rückmeldung bitten, wer wann anwesend sein kann. Ich kann zu allen vier Terminen anwesend sein – auch über eine längere Zeit –, wäre aber dankbar, auch einmal für eine Stunde abgelöst zu werden, damit ich eine Pause habe. Aber das ist eine ganz tolle Möglichkeit. Man muss sich überlegen, beim Rheinland-Pfalz Open Air haben wir ein eher jüngeres Publikum, und beim Ehrenamtstag treffen wir auf viele, die sich gesellschaftlich engagieren.

Natürlich müssen nicht immer alle Fraktionen vertreten sein. Dann wäre der Infostand auch sehr voll. Ich denke, wir können da zu einer Einigung kommen; denn es geht darum, die Enquete-Kommission zu präsentieren. Ich werde eine E-Mail schicken, und dann bekomme ich von Ihnen zu den jeweiligen Terminen eine Rückmeldung, aus der ich entnehmen kann, wer wann anwesend ist.

Die Enquete-Kommission beschließt einstimmig, bei nachfolgenden Veranstaltungen jeweils mit einem Informationsstand präsent zu sein:

- Verfassungsfest, 18. Mai 2012, ca. 12:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Mainz,
- Rheinland-Pfalz Tag, 1. bis 3. Juni 2012, Ingelheim,
- RPR Rheinland-Pfalz Open Air, 11. August 2012, ca. 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr, Mainz, und
- Ehrenamtstag, 9. September 2012, Koblenz.

Ich werde in unserem Blog vermerken, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, mit uns direkt vor Ort zu diskutieren. Ich freue mich sehr, dass wir das verwirklichen können, und bin sehr gespannt darauf, wie unser Infostand tatsächlich aussehen wird.

Sie haben auf Ihren Plätzen weitere Vorlagen liegen. Ich verweise als Erstes auf die inhaltliche Gliederung der Phase 2. Auf der Rückseite der Vorlage EK 16/2-67 finden Sie einen Vorschlag von mir, wie wir die Phase 2 gliedern können. Zur Erklärung, wie sie entstanden ist: Für das Thema „politische Bildung“ hatten wir bisher keine extra Sitzung vorgesehen. Aber bei vielen Terminen – wir waren zum Beispiel bei der Volkshochschule und bei der Landeszentrale für politische Bildung – haben wir gemerkt, die politische Bildung ist in gewisser Weise das Scharnier zwischen der ersten Phase, in der es um die soziale Dimension der Beteiligung geht, und der zweiten Phase, in der wir uns mit der Informationsaufbereitung, der Weitergabe und der Aktivierung beschäftigen.

Deswegen unterbreite ich Ihnen jetzt den Vorschlag, dass wir uns in der Sitzung am 17. August 2012 mit den politischen Bildungseinrichtungen auseinandersetzen und uns dann mit dem digitalen Bereich befassen. Da hat sich eigentlich nicht so viel verändert. Es betrifft nur die Überschriften. Die Überschriften sind so konzipiert, dass auch nach außen klar wird, was wir uns in der jeweiligen Sitzung anschauen. Wir hatten ursprünglich geplant, im Januar fertig zu werden. So werden wir im Februar fertig. Die Termine im Januar und im Februar 2013 werden wir, sobald der Kalender für das nächste Jahr vorliegt, mit Ihnen allen absprechen. Es gab auch noch ein paar Anregungen bezüglich der Länge der Sitzungen.

Herr Abg. Haller: Wir sind mit diesem Vorschlag grundsätzlich einverstanden. Ich denke, die Sitzung am 14. September 2012 ist mit dem Thema „Demokratie 2.0“ sehr breit aufgestellt. Wir sollten uns darauf einstellen, dass das eine längere Sitzung wird, vielleicht sogar eine Ganztagsitzung. Wenn man das im Vorfeld weiß, kann man sich das einrichten. Von unserer Seite aus ist das wunderbar.

Für den Fall, dass wir im Verlauf der kommenden Phase wider Erwarten nach den ersten drei Anhörungen merken, dass wir zu irgendeinem Themenbereich noch einen Informationsbedarf haben, sollten wir uns die Option offenhalten, am 16. November 2012 eine Anhörung einzuschieben. Ich habe nichts Konkretes im Hinterkopf. Aber falls sich doch noch ein Thema ergibt – das ist ein Themenbereich, bei dem man nicht immer alles vor Augen hat –, haben wir diesen Termin.

Herr Abg. Lammert: Ich habe eine technische Frage: Warum soll die Sitzung am 26. Oktober nachmittags um 14 Uhr beginnen? – Vormittagstermine sind oftmals hilfreicher. Uns Parlamentariern geht es so, dass besonders die Freitagabende mit Terminen – Jubiläen oder sonstige Veranstaltungen – zulaufen. Im Herbst kommen diese Termine geballt auf uns zu. Aus der Erfahrung wissen wir, dass wir in der Regel drei Stunden tagen, wenn Anhörungen stattfinden. Bis wir die jeweiligen Orte erreicht haben – wir haben vielleicht auch Gäste, die es noch weiter bis nach Hause haben –, dauert es seine Zeit. Besteht die Möglichkeit, doch um 10 Uhr anzufangen?

Herr Staatssekretär Stadelmaier: Das geht auf eine Bitte von uns zurück. An diesem Tag findet eine Ministerpräsidentenkonferenz statt – sie erstreckt sich über zwei Tage –, und da es sich um ein Thema handelt, das unseren Kernbereich betrifft, würden wir gern daran teilnehmen. Wir können unsere

Teilnahme also nicht schon für den Vormittag, sondern erst ab dem Mittag sicherstellen. Das ist unser Problem, und deswegen haben wir die Vorsitzende gefragt, ob es möglich ist, dass die Sitzung um 14 Uhr beginnt.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Wir haben über die Termine – auch über die Uhrzeit – schon einmal abgestimmt. Ich weiß, dass das immer ein Problem ist. Aber ich Sie bitten, noch einen anderen Aspekt zu bedenken: Ich finde es sehr wichtig, dass bei einer Anhörung zu diesem Thema Vertreterinnen und Vertreter der Regierung anwesend sind. Ich sehe, dass das auch auf Ihre Zustimmung stößt.

Wenn wir uns die Resonanz auf unsere Sitzungen vor Augen führen, stellen wir fest, dass wir, wenn wir um 13 Uhr oder um 14 Uhr beginnen, mehr Diskussionen anregen können; denn dann sind die Menschen eher in der Lage, das nachzuvollziehen. Dementsprechend habe ich die Themen zeitlich ein bisschen verschoben: Die Auswertungssitzungen finden tendenziell morgens statt; die „Knallerthemen“ – um es einmal so auszudrücken – dagegen eher nachmittags. Dann bekommen wir eine breitere Diskussion. Ich glaube, gerade die Themen „Staatliche Transparenz: Grenzen und Möglichkeiten, Informationsfreiheit und Open Data“ und „Open Government: Herausforderung für eine moderne Verwaltung“ berühren die Lebensrealität der Leute direkt.

Das war der Hintergrund. Hinzu kam, dass die Bitte an mich herangetragen wurde, diese Uhrzeiten zu wählen. Es ist zwar ein Freitagstermin, aber ich würde es begrüßen, wenn wir es dabei belassen könnten.

Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm: Ich habe eine Frage zum Ablauf der Sitzungen am 14. September und am 26. Oktober. Mir geht es wie Herrn Haller: Das ist mein Fachgebiet; und es kommt mir – um es einmal vorsichtig zu formulieren – ehrgeizig vor, das in drei Stunden behandeln zu wollen. Wir sind bei den Anhörungen schon sehr in Zeitnot geraten, weil wir hochinteressante Leute hier hatten, deren Teilnahme von der Vorsitzenden und den Vorbereitungsgruppen organisiert worden war. Diese Leute müssen sich hier doch sehr kurz fassen.

Eine Anregung: Wenn die Sitzung in der nächsten Woche ausfällt – darüber müssen wir auch noch diskutieren –, haben wir vielleicht noch einen Termin übrig. Ich würde gern noch einmal extra hierherkommen, wenn sich zeigte, dass dieser Termin vielleicht doch ein bisschen zu ehrgeizig geplant ist.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Den Vorschlag, am 14. September 2012 eine ganztägige Sitzung durchzuführen, finde ich richtig gut. Vielleicht schaffen wir es dann, gemeinsam zu Mittag zu essen. Das wäre eine ganz angenehme Sache. Es hat etwas, sich dafür Zeit zu nehmen.

Am 14. September 2012 haben wir eine lange Sitzung, und am 26. Oktober haben wir noch einmal die Gelegenheit, uns einen Teilbereich anzuschauen. Ich halte es angesichts der Wichtigkeit des Themas für angebracht, dass wir nachsteuern, wenn wir merken, dass uns noch bestimmte Aspekte fehlen. Die Flexibilität, die wir haben, besteht darin, dass das nicht festgelegt ist. Aber als Rahmen und auch als Anreiz, die Diskussion auf den Punkt zu bringen, finde ich das gut. Wenn wir eine ganztägige Sitzung haben, können wir die Auswertung – zumindest die Formulierung des ersten Eindrucks – auch direkt vornehmen. Ich schlage vor, dass wir uns jetzt erst einmal anschauen, wie wir dahin kommen. Es ist uns möglich, dann noch etwas anderes zu beschließen.

Es war eigentlich nicht vorgesehen, dass wir das heute beschließen. Wenn es aber auf allgemeine Zustimmung stößt, können wir es machen.

Herr Abg. Reichel: Ich würde das erst einmal offenlassen. Wer sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht meldet, erklärt damit, dass es okay ist. Ich würde gern noch einmal die Termine abklären.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Die Termine sind schon beschlossen worden.

Herr Abg. Reichel: Aber die Uhrzeiten haben sich bei zwei Terminen verändert.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Nein, auch die sind schon beschlossen worden. Noch einmal zur Verdeutlichung: Geändert haben sich nur die thematischen Zuschnitte und die Reihenfolge. Außerdem findet jetzt noch eine Sitzung im Februar statt; sie rückt also nach hinten.

7. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 20.04.2012
– Öffentliche Sitzung –

Die Enquete-Kommission beschließt einstimmig die inhaltliche Gliederung der Phase 2 „Informationsgrundlage und Aktivierung“ in der sich aus der Vorlage EK 16/2-67 ergebenden Fassung mit der Ergänzung, dass die Sitzung am 14. September 2012 ganztägig durchgeführt werden soll.

Wir kommen jetzt zur Gliederung des Zwischenberichts – Vorlage EK 16/2-68. Sie ist mit den Obleuten abgestimmt. Gibt es Fragen zu der Gliederung unseres Zwischenberichts? – Das ist nicht der Fall. Zur Erläuterung: Sie entspricht chronologisch und thematisch dem Ablauf unserer Anhörungen. Wir bekommen eine umfangreiche Auswertung durch den Wissenschaftlichen Dienst und natürlich die Empfehlungen der Fraktionen. Es erfolgt auch eine Auswertung der Statements, die die Besuchergruppen abgegeben haben. Sie sind ebenfalls eine Grundlage des Zwischenberichts. Auch das ist ganz schön. Es gibt auch eine Auswertung der Online-Beteiligung.

Die Enquete-Kommission beschließt ferner einstimmig die Gliederung des Zwischenberichts – Vorlage EK 16/2-68 –.

Wir müssen uns noch überlegen, ob die Sitzung am 27. April 2012 stattfinden soll und, wenn ja, wie wir sie gestalten. Ich habe einen Entwurf für die Tagesordnung vorliegen, auf dem als Punkte nur „Beschluss der Anhörungen am 17. August 2012 und am 14. September 2012“, „Erarbeitung von Empfehlungen“ – falls das notwendig erscheint – und „Verschiedenes“ enthalten sind. So, wie es sich jetzt darstellt, ist die Tagesordnung also sehr kurz. Deswegen möchte, dass wir jetzt darüber diskutieren, wie wir mit der Sitzung umgehen.

Herr Abg. Haller: Wir haben uns im Arbeitskreis darüber unterhalten und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir die nächste Sitzung ausfallen lassen könnten; denn ich halte es, was die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen betrifft, für erforderlich, dass sich die Fraktionen untereinander abstimmen. Das ist auch der übliche Weg; man macht das eigentlich nicht in einer öffentlichen Sitzung. Die Anhörungen könnten wir theoretisch auch am Rande einer Plenarsitzung beschließen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Dazu muss ich folgenden Hinweis geben: Wir können uns am Rande einer Plenarsitzung zwar auf den Personenkreis verständigen – darauf bin ich seitens der Verwaltung hingewiesen worden –, nicht aber den eigentlichen Beschluss fassen. Das heißt, wenn wir uns über den Personenkreis verständigt haben, können wir das in der Sitzung am 1. Juni 2012 formal beschließen. Im Endeffekt haben wir uns schon für die Durchführung der Anhörungen entschieden. Das heißt, wir würden in der Sitzung am 1. Juni 2012 sowohl die Anhörungen als auch den Kreis der Anzuhörenden beschließen.

Das ist aber nur möglich, wenn die Benennung der Anzuhörenden in diesem Zeitraum erfolgt. Das heißt, wir machen uns bis zum Plenum schon einmal Gedanken über die Anzahl und die Personen der Anzuhörenden. Ich denke, uns allen ist klar, wer in der politischen Bildung die handelnden Personen sind. Das ist wichtig, damit die Einladungen vor der Sommerpause hinausgehen können.

Herr Abg. Haller: Können wir die Anhörungen jetzt beschließen und dann einen Termin festlegen, bis zu dem die Anzuhörenden benannt sein müssen?

Frau Regierungsdirektorin Eschenauer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Grundsätzlich haben wir mit dem Zeitplan auch die Anhörungen und die Berichte der Landesregierung beschlossen. Das heißt, es geht im Wesentlichen nur noch darum, den Kreis der Anzuhörenden zu bestimmen. Wir haben das Problem, dass die Anhörungen im August und im September stattfinden. Es wäre schön, wenn wir in der Sitzung am 1. Juni 2012 auf jeden Fall die für die Anhörung im August zu benennenden Anzuhörenden beschließen könnten.

Für die Anhörung im September können wir gegebenenfalls eine Nachbenennungsfrist vereinbaren. Aber es wäre zu spät, im August die Anzuhörenden für die Anhörung im September zu benennen; denn dann würde es mit den Einladungen nicht klappen. Das heißt, für die Anhörung im August müssen die Anzuhörenden zwingend bis zu der Sitzung am 1. Juni 2012 benannt werden; für die Anhörung im September wäre vielleicht eine Nachbenennungsfrist bis zum Beginn der Sommerferien möglich.

Herr Abg. Lammert: Damit bin ich völlig einverstanden. Ich denke, das ist relativ unproblematisch. Zumindest für die erste Anhörung könnten wir theoretisch schon einmal die Anzahl der Anzuhörenden festlegen. Dann wissen wir in etwa, an wie viele Personen wir uns wenden können – vielleicht acht bis zehn Leute Pi mal Daumen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Wir hatten festgelegt, dass wir mindestens sechs und höchstens zehn Anzuhörende einladen. In dem Bereich sollte sich die Zahl auch bewegen. Ich denke, es gibt auch Personen, auf die wir uns gemeinsam einigen können. Vielleicht läuft es dann auf sieben oder acht Anzuhörende hinaus.

Wir müssen jetzt noch beschließen, dass die Sitzung am 27. April 2012 ausfällt. Ich muss aber ein wenig Wasser in den Wein gießen: Wir haben eine Besuchergruppe zu dieser Sitzung eingeladen. Da wir das sehr wichtig finden, müssen wir uns überlegen, ob sich trotzdem drei Leute einfinden. Ich weiß, dass Frau Spiegel von der Fraktion der GRÜNEN auf jeden Fall da sein wird; denn es ist eine Gruppe aus ihrer Region.

Zu überlegen wäre, ob wir bei diesem Besuchsprogramm mit einem Mitschnitt arbeiten: Man pickt sich ein Thema heraus und vollzieht den Mitschnitt nach. Trotzdem wäre von jeder Fraktion eine Person anwesend. Die Gruppe ist eingeladen, und ich finde, es würde ein ganz schlechtes Bild auf die Enquete-Kommission werfen, wenn wir sie ausladen würden. Ich rege also an, dass der Beschluss, die Sitzung ausfallen zu lassen, mit der Verpflichtung verknüpft ist, das Besuchsprogramm durchzuführen.

(Zuruf: Der Termin sollte ein bisschen vorgezogen werden!)

– Genau. Wir müssten mit Frau Erhard oder Herrn Jäger darüber sprechen, ob es möglich ist, nicht erst um 13 Uhr, sondern schon um 12 Uhr oder noch ein bisschen früher mit der Diskussion zu beginnen. Wir müssten uns dann noch einmal absprechen, damit sie auf jeden Fall stattfindet.

(Frau Abg. Kohnle-Gros: Zu dem Zeitpunkt wären wir sowieso hier!)

– Genau. Ab 9 Uhr sind sie hier, und 11 Uhr oder 12 Uhr könnte man als Termin für die Diskussion festsetzen. – Wenn also die Teilnahme am Besuchsprogramm gegeben ist, steht nichts dem Beschluss entgegen, die Sitzung am 27. April ausfallen zu lassen.

Die Enquete-Kommission beschließt des Weiteren einstimmig, dass die ursprünglich für Freitag, den 27. April 2012, vorgesehene Sitzung nicht stattfinden soll. Die Enquete-Kommission kommt überein, der für diese Sitzung eingeladenen Besuchergruppe für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen.

Somit haben wir ein bisschen mehr Luft, um an unseren Empfehlungen zu arbeiten. Herr Haller hat mir vor der Sitzung gesagt, er würde gern noch einmal das Thema „Zwischenbericht“ – Textform, Abstimmung – ansprechen.

Herr Abg. Haller: Ich halte es, wie gesagt, für sinnvoll, dass wir uns auf ein Verfahren verständigen: dass wir die Texte rechtzeitig austauschen oder dass wir schon im Vorfeld konkrete Handlungsempfehlungen miteinander absprechen; denn es gibt sicherlich Themen, bei denen unsere Ansichten ganz nah beieinanderliegen, wenn wir nicht sogar übereinstimmende Handlungsempfehlungen formulieren können. Deswegen halte ich es für sehr wichtig, dass wir uns so bald wie möglich über das Verfahren verständigen und dann schauen, was wir gemeinsam auf die Beine stellen. Ich denke nämlich, die Bürgerbeteiligung ist ein Thema, bei dem es eine große Übereinstimmung geben sollte.

Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm: Ich möchte eine ketzerische Anmerkung machen. Wir diskutieren zwar aufgrund der zunehmenden Bedeutung der digitalen Welt – die für die Jugend ihre Welt ist – ganz neu über das Thema „Partizipation in der politischen Landschaft“, halten uns bei unseren Verfahren aber an die etablierten Wege. So möchte ich es einmal formulieren. Wäre es nicht spannend, wenn man einmal probierte, das Verhandeln der Mitglieder der verschiedenen Parteien über die richtigen Handlungsempfehlungen – die teilweise hochpolitisch und sehr konträr sind – unter den Augen der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen? Würde sich der Landtag das zutrauen? – Die von

den Fraktionen entsandten Delegationsmitglieder würden dann nicht, wie üblich, hinter verschlossenen Türen tagen, sondern man würde es einmal auf eine andere Weise versuchen. – Das ist nur eine Anregung.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Es wird angeregt, die Textarbeit auf diese Weise zu leisten. Die klassische Vorgehensweise ist, dass wir eine Vorlage schreiben, auf deren Grundlage wir diskutieren. Das ist der Hintergrund. Aber ich finde es ganz spannend, eine Diskussion darüber anzuregen.

Herr Abg. Haller: Ich glaube, hier liegt in gewisser Weise ein Missverständnis vor. Wir diskutieren in der Enquete-Kommission natürlich über alle Handlungsempfehlungen; das ist völlig klar. Nur geht es dabei zum Teil um eine wirklich sehr haarige Textarbeit, um Fragen wie: Wohin kommt das Komma? Können wir da ein anderes Wort benutzen? – Es ist aufgrund des Arbeitsablaufs, der mehrere Tage in Anspruch nimmt, sehr viel besser, so etwas nicht öffentlich zu machen. Ich glaube auch nicht, dass sich jemand sehr dafür interessiert. Natürlich wird hier über alle Handlungsempfehlungen abgestimmt, und es wird auch noch einmal über sie diskutiert; das ist völlig klar.

Herr Abg. Lammert: Ich denke, die Transparenz ist schon dadurch gegeben, dass hier noch einmal über die Handlungsoptionen diskutiert wird. Am 2. Juni 2012 findet eine Diskussion statt, eine Woche später eine weitere. Es ist also durchaus Transparenz gegeben. Aber es gibt Dinge, bei denen wir überlegen, ob wir sie schon in die Vorlage einfließen lassen oder ob wir sie vielleicht in die zweite oder dritte Phase übernehmen. Darüber diskutieren wir noch.

Außerdem handelt es sich nur um einen Zwischenbericht. Ich denke, auch das sollten wir noch einmal deutlich machen. Das ist noch kein Abschlussbericht. Über etwas, was im Zwischenbericht steht, macht man sich im weiteren Verfahren vielleicht noch einmal Gedanken und kommt dann zu anderen Empfehlungen. Arbeitstechnisch ist es manchmal einfacher, wenn man einen vorformulierten Text hat, ihn gemeinsam gliedert und sieht, wo eine Schnittmenge ist und was man einfügen kann. Ich weiß nicht, ob es so spannend ist, wenn hinter dem Laptop eine Kamera aufgestellt ist und man sieht, wie etwas eingegeben wird.

Das fände ich nicht so spannend, und es ist auch nichts, was ich als besonders transparent bezeichnen würde. Ich muss vor allem darstellen, wie ich zu dem Weg und zu dem Ergebnis komme, und dazu muss ich stehen. Auch das ist Transparenz. Wie der Weg dahin aussieht, finde ich – gerade in der Abstimmung – nicht unbedingt so spannend. Manchmal ist es allein aus arbeitsökonomischen Gründen in einem kleineren Kreis einfacher, zu deinem gemeinsamen Ergebnis – das ist schließlich unser Ziel – zu kommen.

Frau Abg. Brede-Hoffmann: Ich möchte dem aus grundsätzlichen Erwägungen ein Nein entgegensetzen. In Diskussionsprozessen habe ich vielmehr die Erfahrung gemacht, dass Bürgerinnen und Bürgern null Interesse daran haben, an harten politischen Scharmützein teilzunehmen. Damit ist das gemeint, was Sie jetzt den Bürgerinnen und Bürgern gern vorführen möchten: Wie kommen wir bei wirklich kontroversen miteinander aus? – Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine qualifizierte Darstellung der jeweiligen Positionen. Sie möchten wissen, wer was warum denkt und warum der andere für das Gegenteil ist. Aber die Leute haben null Interesse daran, die Auseinandersetzung – möglicherweise sogar den Streit – darüber zu verfolgen, bis ein Kompromiss gefunden ist. Es ist eher abtunnend; das ist zumindest meine Erfahrung.

Den Menschen vorzuführen, wie wir mit unterschiedlichen Vorschlägen in eine Diskussion eintreten und versuchen, Kompromisse zu finden, oder zum Ausdruck bringen, dass wir das, was der andere sagt, nicht gut finden, ist wohl kaum der Weg, den wir gehen sollten. Das ist nicht die politische Botschaft, die wir nach draußen senden sollten. Die politische Botschaft in der Debatte im Plenum muss sein – das ist die Botschaft, von der ich mir die meiste Aufmerksamkeit erhoffe –: Warum vertritt eine Fraktion eine politische Meinung? – Das muss eine sachliche, politische Darlegung mit allen Konsequenzen sein. Aber den Disput darüber mitzuerleben – zumindest ist das meine Erfahrung, insbesondere mit Schülern – empfinden die Menschen alles andere als erquickend. Warum schauen wir uns zum Beispiel eine Sendung wie „Maybrit Illner“ nicht mehr an? – Wir finden den politischen Disput so ätzend, er hängt uns so zum Hals heraus, dass wir gern darauf verzichten. Warum sollen wir das hier nachspielen?

Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm: Ich möchte doch noch einmal eine Lanze dafür brechen, dass wir dieses Thema nicht so parlamentarisch behandeln. Ich habe lange in Gremien gesessen, ich kenne das selbst: Der Gedanke, eine öffentliche Fraktionssitzung abzuhalten, war auch uns damals ein Horror. Ich kann das bestätigen. Wir haben es auch nicht gemacht. Wir haben uns zerfleischt bis auf die Knochen, und das durfte natürlich keiner hören oder sehen. Die Zeiten ändern sich. Ich glaube, wir müssen den Bürgern irgendwann die Option geben, sich anzuschauen, wie ein Ergebnis zustande kommt, das nachher von den Parteien – natürlich – vertreten werden muss. Aber wir befinden uns doch bei der politischen Partizipation in einer grundlegenden kulturellen Veränderung hin zu einer Orientierung am Prozess. Es geht zunehmend um den Prozess der Willensbildung und keineswegs nur noch um das Ergebnis.

Dass das unterschiedlich gesehen wird, kann ich sehr gut verstehen. Ich bin, was die Politik betrifft, auch nicht weltfremd. Aber ich will in dieser Enquete-Kommission immer wieder den Gedanken zum Ausdruck bringen, dass sich die Parteien und die Gremien verändern müssen. Das ist schwer; darin stimme ich Ihnen zu. Aber ich werde es wiederholen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Als Vorsitzende möchte ich grundsätzlich sagen: Ich finde Ihre Anregung spannend. Ich bin mir nicht sicher, ob das hier der richtige Punkt ist. Aber ich weiß, was Sie meinen. Ich muss an das erste Brainstorming denken, das Herr Haller, unsere beiden Referenten für die Enquete-Kommission und ich gemacht haben: Wir saßen mit einem Laptop und einem Beamer da und haben uns überlegt, wie wir eine Empfehlung schreiben könnten. Schon allein die Textform warf Fragen auf. Ich stelle mir vor, wie es ist, wenn 30 Leute mit einem Laptop und einem Beamer dasitzen und einen Text schreiben.

Es soll auch kein falscher Eindruck erweckt werden. Es wird eine Vorlage geschrieben. Ich fände es gar nicht schlimm, sondern sogar eher begrüßenswert, wenn hier gesagt würde, dieses oder jenes müsse umformuliert werden. Ich hätte auch kein Problem damit, mit einem Beamer dazusitzen und die letzten Korrekturen am Text vorzunehmen. Aber in jedem Bereich ist es so, dass man sich auf einen Termin – etwa auf eine Sitzung – vorbereitet. Es ist sinnvoll, dass man eine Vorlage hat; sonst fängt man mit einem leeren Blatt Papier an. Man braucht auch eine mehr als dreistündige Sitzung dafür. Eventuell muss man noch etwas recherchieren. Wir haben letztens mit den Vertretern der Stadt Bremen darüber gesprochen, wie dort der Fortgang der Diskussion über das Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten aussieht. Das ist nicht so einfach.

Wir können uns aber überlegen – dafür bin ich offen –, ob wir in der zweiten Phase einmal mit einem Etherpad arbeiten. Wir müssen uns aber genau anschauen, für welche Vorlagen sich das eignet und in welchem Bereich wir das machen. Ich bin ganz offen dafür, dass wir uns hier gemeinsam überlegen – auch mit Ihrer Fachkompetenz im Hinterkopf –, wie wir ein Etherpad mit einbauen, auch um Erfahrungen damit zu sammeln.

Aber wenn es um den Zwischenbericht geht, möchte ich gern so arbeiten. Wir brauchen das aber nicht mit einer starren Vorlage zu machen, sondern können gern einen Beamer nutzen. Dann muss aber auch klar sein, dass das zuletzt abgespeicherte Dokument der Beschluss ist. So müsste das dann sein. Es gäbe dann das Problem, dass wir die geänderte Version nicht physisch vor uns auf dem Platz hätten.

(Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm: Darüber können wir später entscheiden!

– Wir nehmen die Anregung auf. Wir können noch einmal darüber diskutieren, wie wir das handhaben.
– Wichtig ist aber jetzt, dass wir zu den Vorlagen kommen. In dem Zusammenhang ist es für mich wichtig, dass wir darüber diskutieren, auf welchen Termin wir uns ungefähr verständigen.

Herr Abg. Reichel: Frau Vorsitzende, eine Frage: Wer nimmt die Anregungen auf, und in welcher Form geschieht das? Sie haben eben gesagt, Sie nähmen die Anregungen auf. Irgendwo müssen sie aufgenommen werden – in der Fraktion der GRÜNEN, in der Enquete-Kommission oder wo?

Frau Vors. Abg. Schellhammer: In der Enquete-Kommission. Wir haben die Phase 2, in der es dezentriert um die digitale Beteiligung geht. Das sind originär Themen, über die in dem Bereich sehr stark diskutiert wird. Mir ist noch nicht ganz klar, auf welcher Grundlage wir mit einem Etherpad arbeiten

können. Aber Frau Thimm könnte in der Sitzung am 1. Juni 2012 oder in der Sitzung am 17. August 2012 einen Vorschlag dazu machen, wie wir das in der Phase 2 einbauen.

(Herr Abg. Reichel: Sie können das in Ihrer Fraktion üben und uns dann vom Ergebnis berichten!)

Es geht genau um die Frage, wie parlamentarische Abläufe verbunden werden können. Die Enquete-Kommission kann beschließen, ob sie so arbeiten möchte oder nicht. Aber dafür brauchen wir einen konkreten Vorschlag und eine Erläuterung, was es bedeuten würde.

Herr Sachverständiger Univ.-Prof. Dr. Karpén: Frau Kollegin Thimm, es herrscht bei vielen, die die Politik kritisch betrachten, der Eindruck vor – auch wohl ungerechtfertigt –, dass die eigentlichen Entscheidungen mittels Kungelei in den Hinterzimmern getroffen werden. Das möchten Sie offenbar aufnehmen. Dann bitte ich Sie aber, Ihrem Vorschlag unsere Anregung hinzuzufügen, dass die Kabinettsitzungen in gleicher Weise abgehalten werden, sodass wir davon profitieren können.

Herr Sachverständiger Univ.-Prof. Dr. Lorig: Erlauben Sie mir, ergänzend zu dem Kollegen Thaa, der hier aus der Arbeit des Sonderforschungsbereichs der Universität referieren durfte und das nach meinem Eindruck sehr differenziert getan hat – ich hatte das Vergnügen, den Text nachzulesen –, eine Anmerkung zu machen. Das ist eine ganz neutrale Anmerkung. In dem Sonderforschungsbereich wurde in der Tat in Ihrem Sinne dafür plädiert, die Politik so zu reflektieren und das mit dem Setting der Transparenz zu gestalten. Das wäre Ihr Vorschlag. Es gab aber auch bei unseren Wissenschaftlern in Trier heftigen Widerstand dagegen.

Zum einen wurde pragmatisch darauf hingewiesen, dass zum Beispiel der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat äußerst effektiv und effizient arbeitet, was in der Regel von allen Politikwissenschaftlern mit dem Rückzug aus der Öffentlichkeit begründet wird. Zum anderen wurde darauf hingewiesen, dass man, wenn man bestimmte Gremien öffnet, sie also transparent macht, nicht eo ipso ausschließt, dass die Vorgespräche ausgelagert werden. Diese Ambivalenz muss man sehr sorgfältig sowie – das würde ich sagen – neutral und ruhig ausdiskutieren.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Nur ein kurzer Hinweis: Wir führen jetzt eine Diskussion, wie wir sie für die zweite Phase vor dem Hintergrund des Themas „Demokratie 2.0“ in Bezug auf die staatliche Transparenz vorgesehen haben.

Herr Abg. Haller: Ich wollte auch gerade sagen, dass das eigentlich in die nächste Phase gehört. Das ist jetzt ein schöner Auftakt. Man sieht, das ist ein lebendiger Prozess. Auch die Koryphäe der Piratenpartei, Herr Lauer, hat schon festgestellt, dass es in der Politik Räume für vertrauliche Unterhaltungen geben muss. Das ist definitiv richtig.

Frau Abg. Brede-Hoffmann: Es ist mir ein Bedürfnis, zu sagen, dass sich das im Zweifel nicht widerspricht. Aber die Qualität dessen, was wir hier tun, hat auch etwas damit zu tun, wie viele Chancen auf ruhiges Nachdenken und Austausch wir uns einräumen. Frau Prof. Thimm, alle Ehrlichkeit in Ehren: Aber ich traue niemandem zu – weder mir noch Ihnen noch jemand anderem in diesem Raum –, dass er sich in einem öffentlichen Forum zunächst jedes Recht auf Irrtum zugesteht, diesen dann begeht, eingesteht und zurückfährt. Folgendes werden wir so oder so machen – zumindest ist das meine Erfahrung mit der Arbeit an Berichten von Enquete-Kommissionen –: Wenn Formulierungsvorschläge vorliegen, werden wir in dieser Enquete-Kommission darüber diskutieren, warum man sich dem einen anschließt und dem anderen nicht, warum Sondervoten geschrieben werden und warum die, die sie entgegennehmen, meinen, das wäre nicht nötig gewesen, man hätte sie da oder dort subsumieren können. Diese Diskussion werden wir vor den Livestream-Kameras so oder so führen.

Ich möchte aber, dass wir das untereinander – zwischen den Fraktionen – ausloten; dass wir herauszufinden versuchen, wo die gemeinsamen und wo die trennenden Bereiche sind. Dabei wird vielleicht auch das eine oder andere falsche Wort fallen. Das ist auf dem Weg zu einer Konsensfindung notwendig. Zumindest habe ich das in einer anderen Enquete-Kommission als sehr positiv erlebt: Wir haben um Sätze und Vereinbarungen gerungen und hinterher einen Bericht geschrieben, der stark beachtet und mit viel Respekt entgegengenommen wurde. Da wir uns aber diese Ruhe gegönnt und eine Zeit ohne Öffentlichkeit genommen haben, war die Qualität dessen, was dabei herauskam, deutlich höher, als wenn wir in einem öffentlichen Forum darum gerungen hätten. Ich glaube, die Qualität

würde darunter leiden, weil wir uns dann nicht mehr die Freiheit zugestehen würden, einen Irrtum zu begehen.

Frau Sachverständige Kerst: Ich glaube, das, was wir hier gerade erleben, lässt sich sehr schön mit dem Begriff „clash of realities“ zusammenfassen. Ich muss jetzt eine Lanze für das, was Frau Thimm gesagt hat, brechen. Ich freue mich schon sehr auf die Sitzungen im Herbst und im Winter dieses Jahres, wenn wir über all die Themen sprechen werden.

Eines gebe ich jetzt aber zu bedenken: Es wurde nicht die Forderung gestellt, dass alle Gespräche, die jetzt folgen werden, aufgenommen und gestreamt oder auf andere Weise kommuniziert werden oder dass sämtliche Texte in ihrer Rohfassung irgendwo eingestellt werden. Die Idee war vielmehr, sich zu fragen – so habe ich zumindest Frau Thimm verstanden –: Wie entwickelt sich eigentlich so ein Zwischenbericht? – Dieser Zwischenbericht wird irgendwann vorgelegt. Er wird vielleicht auf dem Blog erscheinen, und wir werden hier darüber diskutieren. Aber ich glaube, Frau Thimm hat den Schritt davor gemeint, quasi die Entstehungsgeschichte des Zwischenberichts. Die Bürger draußen – auch wenn es vielleicht nur eine Minderheit ist – sind daran interessiert, zu erfahren, welche Positionen die einzelnen Parteien vertreten und was bei dem Zwischenbericht herausgekommen ist.

Das fände ich durchaus charmant. Vielleicht sind wir aber ein bisschen zu früh dran und sollten das in den nächsten Monaten noch einmal thematisieren. – So weit mein Beitrag zu diesem Thema.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Ich kann es gut nachvollziehen, dass diese Anregung kommt. Ich finde es daher charmant, dass wir noch einmal grundsätzlich darüber diskutieren. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass wir den Zwischenbericht ins Blog stellen werden. Dann liegt er vor. Wir diskutieren jetzt darüber, wie wir das machen. Herr Haller hat gesagt, sie würden gerade einen Textentwurf schreiben und ihn an die CDU schicken. Das heißt, wir besprechen gerade, wie wir arbeiten. Wir machen das also transparent. In der Diskussion ist auch schon klar geworden, wie die Positionen der einzelnen Fraktionen aussehen. Sobald es die Vorlage gibt, wird sie ins Blog gestellt.

Wichtig ist, dass wir nicht nur darüber diskutieren, sondern uns auch die Rückmeldungen von interessierten Leserinnen und Lesern zu dieser Vorlage anschauen und darüber sprechen. Wenn wir hier darüber diskutieren, sollte es unser Anspruch sein – so, wie ich die Gruppe wahrnehme, trägt vielleicht die Komponente der Sachverständigen dazu bei, die dann sagen, diesen oder jenen Abschnitt könnte man so oder so zusammenfassen –, diese Sitzungen wirklich zu nutzen, statt nur die jeweiligen Empfehlungen abzunicken. Diesen Anspruch würde ich an uns stellen.

Ich verstehe die Anregungen. In der Phase 2 können wir uns wirklich einmal anschauen, wie wir so etwas exemplarisch aufgreifen. Ich glaube, es hängt teilweise auch damit zusammen, dass solche Plattformen nicht allen bekannt sind. Uns sind sie eher bekannt. Die Leute fragen sich, was auf sie zukommt. Ich glaube, wir müssen niedrigschwellig anfangen und uns anschauen, wie wir exemplarisch etwas ausprobieren können.

Gibt es weitere Themen unter „Verschiedenes“, die angesprochen werden müssen, oder sind wir uns jetzt im Klaren, was den Zwischenbericht anbelangt? – Herr Kissel.

Herr Sachverständiger Kissel: Mich würde interessieren, ob ermittelt wird, inwieweit der Livestream, den wir mit einem relativ großen Aufwand schalten, in der Öffentlichkeit tatsächlich wahrgenommen wird. Liegen Zahlen dazu vor? – Das wäre für die Enquete-Kommission eine interessante Rückmeldung.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Der Zwischenbericht wird eine erste Auswertung – eine Manöverkritik – enthalten. Als Grundlage werden die Clickzahlen genommen. Wir müssen uns dann das Weitere überlegen. Als positiv sehe ich an, dass Schülergruppen sich auf das Thema vorbereiten, indem sie sich die Mitschnitte anschauen. Da gibt es ein spürbares Feedback, das ich allerdings an dieser Stelle nicht quantifizieren kann. Es wird aber eine Auswertung geben. Daher ist es auch so charmant, einen Zwischenbericht zu erstellen: Wir werden eine erste Auswertung unserer Online-Beteiligungsmöglichkeiten haben. Das wird der Vorlage angefügt.

7. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 20.04.2012
– Öffentliche Sitzung –

Gibt es weitere Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Somit darf ich Ihnen ein schönes Wochenende wünschen. Wir sehen uns am 1. Juni 2012 wieder.



Protokollführerin